



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Imendörffer, Benno: Deutsches Volk und Donauföderation

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Deutsches Volk und Donauföderation

Von Prof. Dr. Benno Imendörffer (Wien)



Der Weltkrieg hat das stolze Gebäude, das Habsburgische Familienpolitik und Habsburgische Staatskunst — eine solche hat Jahrhunderte lang bestanden — in unermüdlicher Arbeit aufgerichtet hatte, dem Anscheine nach gründlich und für alle Zeiten vernichtet. Auf dem Boden der einstigen österreichisch-ungarischen Monarchie erwachsen, soweit er nicht an bereits bestehende Fremdstaaten fiel, neue politische Gebilde, die dem brennenden Nationalgefühl der einzelnen Volksstämme des großen Donaureiches ihre Entstehung verdanken. Tschechen, Polen und Südslaven, Italiener und Rumänen scheinen ihre letzten nationalen und politischen Ziele erreicht zu haben, deren Kosten Deutsche und Magyaren zu tragen haben. Eine völlig neue Staatenwelt ist im östlichen Flügel Mitteleuropas entstanden und der oberflächliche Beobachter mochte sich in der Hoffnung wiegen, daß nun endlich an die Stelle zerstörender aufbauende Arbeit, an die Stelle ewiger Unruhe stetige Entwicklung treten werde.

Das Wort des tschechischen Geschichtsforschers Palacky: „Wir (Tschechen) waren vor Österreich da und wir werden nach ihm da sein“, hat sich zunächst erfüllt. Mit innerer Genugtuung mag der Pole sein „Noch ist Polen nicht verloren“ singen und die kühnsten Hoffnungen der Slowenen, Kroaten und Serben sind durch die Gegenwart übertroffen worden. Italiens Irredentisten feiern Siegesfeste, deren äußere Berechtigung nicht zu bestreiten ist, und Rumänien hat seinen glühenden Nachedurst an dem Magyarentum, das Millionen Walachen durch Jahrhunderte geknechtet hat, reichlich fühlen dürfen. Magyaren und Deutsche sind zu völliger Ohnmacht verurteilt. So stellt sich zunächst die Lage dar. Sie stellt sich so dar, aber wir dürfen fragen: ist sie damit ihrer vollen Bedeutung nach erkannt, sind hier wirklich die Bürgschaften für ein Bleibendes und in Zukunft friedlich werdendes gegeben? Schalten wir dabei vorerst alle Rücksicht auf die Lebensinteressen des deutschen Volkes aus. Dann gibt es vor allem zu denken, daß sogleich nach dem Zusammenbruche des Habsburgerreiches — ob man es mit historischer Pedanterie lieber das Lothringerreich nennt, ist völlig belanglos — bei den Siegern im Westen der Gedanke auftritt, die eben erst auseinandergerissenen Teile unter einem neuen Titel wieder zusammenzuschweißen. Frankreich war es das den Plan ausheckte, die einstigen Provinzen der Monarchie in einer „Donauföderation“ zusammenzufassen. Damit tritt das bekannte Wort, wenn es kein Österreich gäbe, müßte eines geschaffen werden, in völlig neue Beleuchtung. Offenbar hatte und hat die Entente ein lebhaftes Interesse daran, daß auf dem Boden der vormaligen Donaugroßmacht ein politisches Gebilde erwachse, das in irgend einer Form den Gedanken dieser Großmacht wiederum zum Ausdruck bringe. An einem freilich hielt und hält man fest: daß es sich nicht mehr um ein einheitliches Staatswesen handeln dürfe; an seine Stelle soll vielmehr ein lockerer Bund treten, dessen Zwecke allein wirtschaftlicher Natur sein dürfen. Angesichts der völligen wirtschaftlichen Hilflosigkeit jenes sonderbaren „Deutsch-Österreichs“, dem der Friede von Saint Germain sogar einen anderen Namen aufgezwungen hat und das im internationalen Verkehr nur mehr als „Republik

Österreich“ auftreten darf, scheint allerdings die Idee der wirtschaftlichen Verbindung der jungen Nationalstaaten mit den ehemaligen deutschen Alpenländern Österreichs nicht nur aus praktischen, sondern auch aus menschlichen Gründen verständlich und begrüßenswert. Auch für die Nationalstaaten im Norden und Süden ergäben sich daraus gewisse Vorteile, die vor allem darin ihren Ausdruck finden, daß sie ein sicheres Absatzgebiet für einen nicht unbedeutenden Teil ihrer Produkte und selbstverständlichen Zugang zur großen Wasserstraße der Donau fänden. Daß es aber wirklich derart wohlwollende, insbesondere um das Gedeihen Deutsch-Österreichs besorgte Menschlichkeit sein sollte, die gerade französische Politiker den Gedanken der Donauföderation fassen ließ, erscheint mehr als zweifelhaft, sobald man nun auch die entscheidenden Belange des deutschen Volkes als Gesamtheit ins Auge faßt.

Das in dem Friedensinstrumente von Saint Germain enthaltene und nachträglich auch in den Frieden von Versailles hineingegebute Verbot des Zusammenschlusses Deutsch-Österreichs und des Deutschen Reiches, alle seither gegen diese beiden Staaten von Seiten der Entente meist auf französische Veranlassung unternommenen Schritte lassen doch so sehr jede Spur der Veröhnlichkeit, von Wohlwollen soll gar nicht erst die Rede sein, vermischen, daß ganz handgreiflich andere Beweggründe der Idee der Donauföderation zugrunde liegen. Zunächst hat doch die Entente im Frieden von Saint Germain gewisse Verpflichtungen übernommen, die das notleidende Deutsch-Österreich vor dem völligen Ruin bewahren sollten. Die Erfüllung dieser Verpflichtungen läßt immer noch auf sich warten und das selbst mit schwerer Not ringende Deutsche Reich ist es, das allein seine hilfreiche Hand öffnet. Da ist es denn bezeichnend, daß gerade in diesem Augenblicke das eine gute Zeitlang vergessene Schlagwort von der Donauföderation wieder hervorgeholt wird. Man empfindet es eben als lästig, daß man selbst dazu beitragen soll, Deutsch-Österreich vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruche zu retten, aber noch weit peinlicher erscheint es, daß gerade das Deutsche Reich, das von Österreich zu trennen, Frankreichs erste Sorge ist, dem verlassenen Brudervolke hilfreich beispringt. Da erscheint es denn weit bequemer und zweckentsprechender, wenn man die sämtlichen, aus der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie hervorgegangenen Staaten nötigt, sich gegenseitig wirtschaftlich zu stützen. In der Tat schläge damit die Entente zwei Fliegen mit einem Schlage: sie wäre der lästigen Sorge um Deutsch-Österreichs Not enthoben, die als moralische Verpflichtung schwer auf ihr lastet, und hätte ein Mittel, die Vereinigung der beiden deutschen Freistaaten dauernd und ziemlich kostenlos zu verhindern. Aber noch ein Weiteres kommt hinzu, das auf die Pläne der Entente, insbesondere Frankreichs, nicht ohne Einfluß sein dürfte. Die Zustände sind in sämtlichen Nachfolgerstaaten der balkanisierten Donaumonarchie derart, daß sie keinerlei Dauer versprechen. Von Deutsch-Österreich ist gar nicht erst zu sprechen; es ist die Karrikatur eines Staates, in dem eine anerkannte Staatsautorität nicht besteht, wo an Stelle einer demokratischen Ordnung schrankenlose Klassenherrschaft getreten ist, wo alle Bande der Ordnung fehlen und die Unsicherheit bald die der alten Balkanstaaten um ein Gutes übertroffen haben wird. Die Trostlosigkeit der wirtschaftlichen Lage tut vollends das ihre, den Gedanken an die Möglichkeit einer gedeihlichen Entwicklung nicht aufkommen zu lassen. Aber auch die tschechoslowakische Republik bietet

keineswegs das Bild eines Staates, der kräftige Keime einer aussichtsreichen Zukunft in sich trägt. Ein sonderbarer Fluch haftet diesem jungen Staate seit seiner Geburt an. Das tschechische Volk hat, geführt von tatkräftigen und politisch unendlich gewandten Männern, das Beste getan, um die alte Monarchie zu zertümmern. Diesem allerdings höchst merkwürdigen Gebilde, das in seiner eigenartigen Struktur auf Erden seinesgleichen nicht hatte, warfen die tschechischen Politiker nicht ganz grundlos vor, daß es ein Gefängnis seiner Völker sei, was freilich nur in dem Sinne berechtigt war, daß allerdings keines dieser Völker staatliche Selbständigkeit besaß. Nun aber ist der tschechoslowakische Staat nichts anderes als ein Abbild der versunkenen Monarchie in kleinerem Maßstabe. Gerade dieser verjüngte Maßstab aber läßt die Lage bedenklich erscheinen, denn die in den Tschechenstaat hineingezwungenen Fremdvölker finden nicht wie seinerzeit die Völker Österreich-Ungarns in den Vorteilen der Großmacht eine teilweise Entschädigung für den Verlust ihrer völkischen Unabhängigkeit. Wie soll es aber auf die Dauer 6½ Millionen Tschechen, denen 4 Millionen Deutsche, 2½ Millionen Slowaken — die durchaus keine Tschechen sein wollen —, 700 000 Magyaren, 200 000 Polen, ½ Million Ukrainer gegenüberstehen, gelingen, ein friedliches Nebeneinanderwohnen dieses bunten Völkergemisches zu ermöglichen, zumal bisher alle Maßnahmen der tschechischen Machthaber lediglich das eine Bestreben verraten, die nichttschechischen Völker zu vergewaltigen? Wird die Kraft der Tschechen ausreichen, aus ihrem Völkerstaate einen nationalen Einheitsstaat, der ganz unzweifelhaft ihr letztes politisches Ziel bildet, erstehen zu lassen? Dazu kommen noch wirtschaftliche Schwierigkeiten und Parteizersplitterung innerhalb des Tschechentumes selbst, die von einer Regierungskrise zur anderen führen. Von einer wirklichen Konsolidierung des tschechischen Staates kann daher noch lange keine Rede sein. Nicht minder fragwürdig ist die Zukunft des südslowakischen Staates. Der im ersten Rausche des Sieges vergessene Gegensatz zwischen katholischen Kroaten und orthodoxen Serben, der übrigens kein bloß religiöser ist, sondern auch tiefere ethnographische Gründe hat, die schon im äußeren Habitus der beiden Völker deutlich zutage treten und sich psychologisch in weitgehenden Unterschieden der Seelenstimmung äußern, ist wieder in voller Stärke erwacht und hat bereits mehrmals zu blutigen Ausbrüchen geführt. Zwischen Slowenen einerseits, Kroaten und Serben andererseits aber besteht sprachlich eine bisher noch keineswegs ausgeglichene Zwiespältigkeit, die in der Folge vermutlich zu Weiterungen führen wird. Endlich ist es bisher nicht gelungen, das kleine, aber kräftige Volk der Montenegriner zu williger Eingliederung in den neuen Staat zu bewegen. Es handelt sich bei den Montenegrinern, die dem Blute und der Sprache nach allerdings Serben sind, um ihre staatliche Unabhängigkeit oder doch um eine politische Sonderstellung im neuen Reiche, in dem sie keineswegs vollständig aufzugehen gedenken. Ein blutiger und grauenvoller Bürgerkrieg ist dort seit Monaten im Gange und selbst ein Waffensieg der Serben wird den bestehenden Gegensatz nur zeitweise verhüllen, gewiß aber nicht so bald aus der Welt schaffen können. Was endlich Polen angeht, so kommt es wohl unmittelbar für die geplante Donauföderation nicht in Betracht, immerhin aber wird seine künftige Haltung für diese von Bedeutung sein. Bei dem heftigen Gegensatze zwischen Polen und Tschechen, der wesentlich durch die Ansprüche beider Völker auf das ehemalige österreichische

Ostschlesien genährt wird, bei der Zweifelhaftigkeit ferner der staatenbildenden Kraft des polnischen Volkes, die diese erst zu erweisen haben wird, kann jedenfalls auch nach dieser Seite hin auf ein ruhiges und ersprießliches Zusammenwirken einer künftigen Donauföderation mit Polen nicht ohne weiteres gerechnet werden. Wichtiger aber als alle diese Bedenken ist die Frage, ob das Verhältnis zu Ungarn, das ja in den künftigen Wirtschaftsbund einbezogen werden soll, überhaupt die Möglichkeit eines gedeihlichen wirtschaftlichen Lebens ergeben kann. Das heute auf ein starkes Drittel seines früheren Bestandes eingeeengte Ungarn ist einheitlicher magyarisches als es das Königreich der heiligen Stephanskrone gewesen ist. Das Magyarentum wird hier voraussichtlich in kurzer Zeit wieder erstarren, zumal es nicht mehr einen großen Teil seiner Kraft auf die Niederhaltung anderssprachiger Völker verwenden müssen. Aber dieses Ungarn wird wiederum ein nahezu ausschließlicher Agrarstaat sein. Seine hochliegenden Pläne, auch ein mächtiger Industriestaat zu werden, die zu verwirklichen es eben auf dem Wege war, als es zusammenbrach, sind in seinen heutigen Grenzen, wo es seine besten mineralischen Bodenschätze verloren hat und wo es ihm an geeigneten Industriearbeitern, die sich in Ungarn stets aus den Nichtmagyaren rekrutierten, gebricht, unmöglich mehr zu verwirklichen. Wer aber die zähe Energie und den wagemutigen Optimismus, den leidenschaftlichen Nationalismus dieses Volkes kennt, der wird nicht daran zweifeln, daß die Magyaren unter keinen Umständen darauf verzichten werden, ihr altes Reich wieder aufzurichten. Darin liegt aber eine ständige Gefahr für den gesamten Osten unseres Erdteils und für den Weltfrieden.

Wie stellt sich nun zu alledem das Interesse des deutschen Volkes? Die Gründe, die Frankreich zur Aufnahme der Idee der Donauföderation veranlaßten und es nun in den letzten Wochen wieder darauf zurückgreifen ließen, sind klar. Abwälzung der Deutsch-Oesterreich gegenüber übernommenen Verpflichtungen wirtschaftlicher Natur auf die Nationalstaaten auf ehemals österreichischem Boden und vor allem die Verhinderung einer Vereinigung des Deutschen Reiches mit dem kleineren und für sich allein lebensunfähigen Bruderstaate. Aber, wenn man sich einmal klar darüber geworden ist, woran heute in Deutsch-Oesterreich kein denkender Politiker mehr zweifelt, daß nur der Anschluß an das Deutsche Reich Deutsch-Oesterreich Rettung bringen und es vor völligem wirtschaftlichen und nationalen Untergange bewahren kann, dann sieht man, daß die früher berührte Doktrin von dem unentbehrlichen Oesterreich, das geschaffen werden mußte, heute lediglich eine Phrase für die Bemäntelung der wahren Absichten der Entente ist. Wenn die slawischen Nationalstaaten, wie dies eben erst in Paris durch deren Vertreter erklärt worden ist, von der Donauföderation nichts wissen wollen, so hat dies Gründe rein politischer Art. Dahinter lauert die Angst, es könnte unter dem Vorwande einer wirtschaftlichen Vereinigung wiederum eine staatliche geplant sein, vielleicht gar die Wiederherstellung des alten Herrscherhauses als verbindenden Gliedes eines vielsprachigen Bundesstaates. Aber die beseitigte Dynastie wird von allen Völkern der ehemaligen Monarchie mit einziger Ausnahme der Magyaren aus begreiflichen Gründen abgelehnt. In wirtschaftlicher Hinsicht wäre die Donauföderation für die Slawen sicherlich, wie bereits angedeutet wurde, von Vorteil. Aber nationale und politische Gründe sind einstweilen für diese von

größerem Gewicht, denn sie fürchten, vielleicht nicht ganz ohne Grund, eine mögliche Gefährdung ihrer eben erst errungenen staatlichen Selbständigkeit. Anders liegen die Dinge für die Deutschen. Deutsch-Osterreich kann politisch wie wirtschaftlich, vor allem aber national nur verlieren, wenn es in eine Verbindung mit den neuen Nationalstaaten und mit Ungarn hineingepreßt wird. Es wäre nach allen Seiten stets nur der empfangende, niemals der gebende Teil und wäre von allen Seiten in seiner wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit beengt. Da es seinen Bedarf an Lebensmitteln aus eigenem nicht zu decken vermag, andererseits die Rohstoffe und die Kohle für seine Industrie zum größten Teile aus dem Auslande beziehen muß, letztere vornehmlich aus der Tschechoslowakei, bestehen seine besten Hilfsmittel lediglich in seinen hochqualifizierten Industriearbeitern und seinen, bisher aber auch nicht nutzbar gemachten, alpinen Wasserkräften. Die Auswertung der letzteren aber würde die Tschechoslowakei in ihrem eigenen Interesse so weit als möglich zu verhindern suchen und hätte bei der Lieferung von Lebensmitteln stets ein wirksames Pressionsmittel in der Hand. Wie wenig Gutes von Ungarn zu erwarten ist, hat eine lange, trübe Erfahrung, die bis in den Weltkrieg hinein reicht, bewiesen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Südslawen böten an und für sich bessere Aussichten, weil hier ein wechselseitiges Verhältnis der Ergänzung bestünde, aber die Beherrschung der adriatischen Küste durch Italien und Südslawien entwertet diese Möglichkeit bedeutend, da sie der anderen Seite abermals bedeutende Pressionsmittel in die Hand gibt. Ähnlich liegt es übrigens im Norden, wo der tschechoslowakische Staat den geraden Weg zur Ost- und Nordsee absperrt. Da überdies, allen gegenteiligen Versicherungen der Entente zum Troste, auf die Dauer eine rein wirtschaftliche Verbindung ohne politische Bedeutung unmöglich wäre, da ja doch die Grenze zwischen wirtschaftlichen und politischen Dingen eine ewig fließende bleiben muß, wäre auch die nationale Bedrohung Deutsch-Osterreichs nicht zu unterschätzen. Die „friedliche Durchdringung“ Osterreichs mit tschechischen Arbeitern, Handwerkern, Bauern und Geldleuten, wie sie so erfolgreich schon vor dem Kriege eingesetzt hat, wäre dann nicht mehr aufzuhalten. Überdies ermöglichen es die dadurch an den verschiedensten Orten in der planmäßigen Weise, die den Tschechen eigen ist, gezüchteten tschechischen Minderheiten ihnen, gestützt auf die Bestimmungen des Friedensvertrages über den Minderheitenschutz, die stets nur auf die nationalen Gegner des Deutschtums Anwendung finden, immer weitergehende nationale Zugeständnisse von Deutsch-Osterreich zu erpressen, deren Folgen unabsehbar wären. Wirtschaftliche Versklavung zur ständigen Einrichtung gemacht, nationale Herfokung, die endlich zu voller Vernichtung des österreichischen Deutschtums führen müßte: das sind die unabweislichen Aussichten, die die Begründung der Donauföderation eröffnet.

In allerjüngster Zeit zeigt sich die österreichische Sozialdemokratie, die bekanntlich heute die Geschicke des Staates lenkt, nicht abgeneigt, auf die Vorschläge der Entente einzugehen. Sie tut dies unter dem Hinteweise auf den rettungslosen Verfall des Wirtschaftslebens. Der wahre Grund aber ist der, daß sie sich von dem Zusammenwirken mit der tschechischen Sozialdemokratie für ihre Parteiziele mehr erhofft, als von einem Anschlusse an das Deutsche Reich, wo der unverkennbare Zug nach rechts nicht nach dem Geschmacks der auf dem Boden

der U. S. P. stehenden Führer ist. Derselbe Staatskanzler Renner, der als einer der ersten den Anschluß an das Deutsche Reich proklamiert hat, kam bekanntlich aus Saint Germain „westlich orientiert“, das heißt von der Entente befördert, nach Hause. Seither hat zwar die Entente immer Versprechungen gemacht, aber gehalten hat stets nur das Deutsche Reich, sehr zum Verdrusse der Partei des Staatskanzlers. Wenn sie sich nun von engerer Fühlungnahme mit der tschechischen Sozialdemokratie etwas erhofft, wird sie dieselbe Erfahrung machen, wie mit der Entente, denn der tschechische Sozialist ist nicht minder nationalistisch als sein bourgeois Stammesbruder. Für das ganze deutsche Volk gibt es daher nur einen Weg: die Vereinigung aller Deutschen im Deutschen Reiche.

## Die Pariser politische Hochschule und Frankreichs Wiederaufstieg nach 1871

Von Martin Spahn



Wir sind Zeugen des traurigen Schauspiels, wie Frankreich den moralischen Erfolg, den ihm seine aufrechte Haltung im Kriege sicherte, durch unausgesetzte Beschimpfung des deutschen Volkstums und durch ein Herumtreten auf uns wieder herabwürdigt. Vom nationalen Standpunkt brauchen wir nichts dagegen einzuwenden. Dieses uns hysterisch anmutende Verhalten kann kaum etwas anderes als ein Zeichen von Greisenhaftigkeit sein. Die Franzosen belien uns auch heute noch an, wo wir geknebelt am Boden liegen, als triebe sie ein unwillkürliches Gefühl, daß ein Naturgesetz uns zu den Stärkeren, sie zu den Schwächeren machte. Aber vom europäisch festländischen Standpunkte aus, um den wir uns in Zukunft mehr als je unsere Väter zu sorgen haben — gefährdet wie Europa durch den Aufstieg der Angelsachsen ist — darf und muß der geistige Zustand Frankreichs die Unruhe, womit uns die gesamte Weltlage erfüllt, noch beträchtlich vermehren.

Nach der Niederlage Frankreichs und unserem Siege vor einem halben Jahrhundert ließ sich die Entwicklung Innereuropas freundlicher an. Preußen war durch die Angliederungen des Jahres 1866 gesättigt und wurde durch seine Verbindung mit dem übrigen Deutschland im Jahre 1870 in einen Zusammenhang eingefügt, der aus dem neuen Reiche nach einiger Zeit den Grundpfeiler der künftigen europäischen Staatenordnung zu machen verhieß. Mit der Rücknahme des Elsaß war zwar nicht alles in den Zeiten deutscher Schwäche und Uneinigkeit abgebrockelte Land wieder heimgebracht; aber die Wunde, die ob der Verluste im Gefühlsleben unseres Volkes brannte, konnte sich jetzt schließen und vernarben. Metz und Straßburg deckten uns nach unserer Überzeugung gegen fernere Angriffe ausreißend. Der Rückhalt an Preußen gab uns das unentbehrliche Machtgefühl eines großen Volkes, die Überlieferungen der Reichsgeschichte vermittelten uns die Wertschätzung friedlicher Kulturarbeit und europäischen Gemeinschaftslebens. Wir glaubten daraufhin, daß sich auch Frankreich in ein erträgliches, wenn nicht gutes Verhältnis zu uns stellen werde. Bismarck ging uns dabei voran. Er schwächte Frankreich für den Augenblick, war jedoch bereit, seine Wiederaufrichtung zu fördern, wenn es den Gedanken an Revanche aufgab und für Elsaß-Lothringen in der Ausgestaltung seines Kolonialreiches Ersatz suchte. In den achtziger Jahren hat er nach dem Abschluß des Bündnisses mit Österreich-Ungarn auch die deutsch-französischen Beziehungen mit allem Nachdruck unter den Gesichtspunkt der gemeinsamen innereuropäischen Interessen zu rücken gesucht. Das von Hermann von Cancrin wieder hervorgeholte Gespräch des Fürsten mit dem Botschafter St. Vallier und seine von Tirpitz unabhängig davon erwähnte Unterhaltung mit St. Valliers Nachfolger de Courcel geben Bismarcks Hoffnungen vollkommen deutlich wieder.